Deutscher Bundestag **Drucksache 16/7336**

16. Wahlperiode 27. 11. 2007

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Koppelin, Ulrike Flach, Otto Fricke, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Karl Addicks, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Patrick Döring, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Heinz Lanfermann, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Konrad Schily, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 16/6000, 16/6002, 16/6424, 16/6425 –

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008)

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Haushalt 2008 profitiert von der überaus positiven konjunkturellen Entwicklung mit Steuereinnahmen von annähernd 240 Mrd. Euro. Damit verzeichnet die Bundesregierung seit Amtsantritt fast 50 Mrd. Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen; die Neuverschuldung hingegen ist nur um rund 28 Mrd. Euro auf 11,9 Mrd. Euro reduziert worden.

Dies zeigt: Ein Bundeshaushalt 2008 ohne Neuverschuldung wäre möglich gewesen!

Diese Chance wird durch eine undisziplinierte Ausgabenpolitik, haushaltspolitisch leichtfertiges Agieren und einen offenkundigen Wettlauf zwischen den Regierungsfraktionen der CDU/CSU und SPD bei der Verteilung von Ausgaben im sozialen Bereich vertan.

Der Haushalt 2008 ist gekennzeichnet durch vier Dinge:

– Mangelnder Ergeiz bei der Haushaltskonsolidierung mit einer Nettokreditaufnahme von 11,9 Mrd. Euro,

– Bereicherung am Haushalt der Bundesagentur für Arbeit (BA) in Höhe von 5 Mrd. Euro,

– Disziplinlosigkeit auf der Ausgabenseite mit einem Ausgabenwachstum von 4,7 Prozent,

– Rekordsteuereinnahmen in Höhe von rund 240 Mrd. Euro.

Eine ausgabenseitige Konsolidierung im Bundeshaushalt 2008 erfolgt nicht. Dies ist umso problematischer, da die Wirtschaftsprognosen für das Jahr 2008 nach unten revidiert werden mussten und damit die Grenzen des dauerhaften Einnahmewachstums erreicht zu sein scheinen. Mit einer Ausgabenerhöhung von 4,7 Prozent liegt das Ausgabenwachstum über der Zuwachsrate des nominalen Bruttoinlandproduktes. Die deutlichen Ausgabensteigerungen werden zwar teilweise durch Sondereffekte hervorgerufen, doch hätte der Bund im Bereich der Postbeamtenversorgungskasse ausreichend Vorsorge betreiben müssen. Dies gilt ebenso im Gesundheitssektor oder bei familienpolitischen Leistungen; von der Koalition der CDU/CSU und SPD werden dauerhaft neue Lasten für den Bundeshaushalt beschlossen, ohne dass diese dauerhaft an anderer Stelle durch Einsparungen gedeckt sind. Dies ist alles andere als eine Nachhaltigkeit der Haushaltspolitik.

Gerade in Zeiten wirtschaftlichen Wachstums ist es erforderlich, strukturelle Defizite dauerhaft abzubauen. Im Stabilitätspakt ist festgeschrieben, dass es Ziel der Finanzpolitik sein muss, in wirtschaftlich guten Zeiten Überschüsse zu erzielen und über den Konjunkturzyklus hinweg einen annähernd ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Dazu müsste der Ausgabenzuwachs in den öffentlichen Haushalten – vor allem aber im Bundeshaushalt –, anders als in den beiden letzten Jahren, flacher verlaufen als der des mittelfristigen Produktionspotenzials. Wenn die Wirtschaft mittelfristig nominell um etwa 2,5 Prozent wachsen sollte, der Ausgabenanstieg aber auf 1,5 Prozent begrenzt wird, blieben rund 10 Mrd. Euro pro Jahr zum Absenken der Neuverschuldung, für Steuersenkungen oder für zusätzliche Investitionen.

Die Bundesregierung jedoch tut das Gegenteil von dem was haushaltspolitisch geboten ist. Sie steigert die Ausgaben, obwohl sie die Wirtschaftsprognose für das kommende Jahr gesenkt hat.

Mit dem Haushalt 2008 ist keine klare wirtschafts- und haushaltspolitische Strategie zu erkennen. Die Bundesregierung folgt eher wahltaktischen Überlegungen. Beispielhaft hierfür steht der Personalaufwuchs von 73 Stellen in den Grundsatzabteilungen fast aller Bundesministerien. Mit dem Haushalt 2008 beginnt der Wahlkampf. Anders ist es nicht zu bewerten, wenn insgesamt 73 neue Stellen für die Grundsatzabteilungen in den jeweiligen Bundesministerien genehmigt werden. Dies wird den Steuerzahler jährlich 5 bis 6 Mio. Euro kosten. Ähnlich verhält es sich mit der im Auswärtigen Amt neu geschaffenen Stelle eines Staatssekretärs.

Kritisch zu sehen ist das Vorgehen der Bundesregierung im Zusammenhang mit dem von der Bundesagentur für Arbeit zu entrichtenden Eingliederungsbeitrag in Höhe von 5 Mrd. Euro. Damit wird der Haushalt der Bundesagentur für Arbeit zum Selbstbedienungsladen der Bundesregierung. Ausgabenseitig sind der Wegfall der Kostenübernahme für die Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Arbeitslosenversicherung durch den Bund und eine hälftige Beteiligung der Arbeitslosenversicherung an den Kosten für Ausgaben des Bundes für Verwaltung und Eingliederung der Empfänger von Arbeitslosengeld II (Eingliederungsbeitrag) beschlossen. Zwar wird im Gegenzug der Aussteuerungsbetrag entfallen, doch per Saldo werden dem Haushalt der Bundesagentur für Arbeit allein durch diese ausgabenseitige Änderung etwa 3,2 Mrd. Euro entzogen. Dieser Betrag entspricht 0,4 Beitragspunkten in der Arbeitslosenversicherung. Damit fehlt dieses Geld zur weiteren Entlastung der Arbeitnehmer und zur Verbilligung des Faktors Arbeit.

Der Haushalt 2008 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2011 setzen weiterhin auf Ausgabensteigerung statt auf Ausgabenminderung. In der mittelfristigen Finanzplanung ist ein Anwachsen der Ausgaben um rund 20 Mrd. Euro auf rund 290 Mrd. Euro zu verzeichnen. Damit setzt sich die ungünstige Strukturenentwicklung der Ausgaben auch mit dem Haushalt 2008 fort. Das Verhältnis der Zins-, Personal- und Sozialausgaben zu den Gesamtausgaben von 283,2 Mrd. Euro bleibt unverändert auf hohem Niveau. Strukturell wirksame Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind Fehlanzeige. Seit dem Regierungsantritt sind die Ausgaben um insgesamt 23,3 Mrd. Euro gestiegen.

Dieser ungehemmten Ausgabenpolitik setzt die Fraktion der FDP ein Konzept der haushaltspolitischen Vernunft entgegen. Die von der Bundesregierung betriebene prozyklische Politik muss beendet werden. Statt die Konjunktur durch Mehrausgaben zu stimulieren, sind Ausgabenreduzierungen notwendig. Mit dem von der Fraktion der FDP erstellten „Liberalen Sparbuch“ könnte der Bundeshaushalt in Höhe von 11,8 Mrd. Euro entlastet werden.

Damit könnte der Haushalt 2008 erstmals fast ohne neue Schulden auskommen und zum Impulsgeber für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt werden. Dieses Vorgehen entspricht dem Prinzip der Nachhaltigkeit und ist haushaltspolitisch geboten.

Berlin, den 30. November 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333